Ausgedruckt am 11. 12. 2002

# Regierungsvorlage

**Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der islamischen Republik Iran zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll**

## ABKOMMEN
## ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Islamischen Republik Iran, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

### Artikel 1
### UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

### Artikel 2
### UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Republik Österreich:
   i) die Einkommensteuer;
   ii) die Körperschaftsteuer;
   iii) die Grundsteuer;
   iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
   v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

b) in der Islamischen Republik Iran:
   i) die Einkommensteuer;
   ii) die Vermögensteuer.

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

## Artikel 3
## ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) i) bedeutet der Ausdruck „Republik Österreich“ das Gebiet, welches unter der Souveränität und/oder der Jurisdiktion der Republik Österreich steht;

ii) bedeutet der Ausdruck „Islamische Republik Iran“ das Gebiet, welches unter der Souveränität und/oder der Jurisdiktion der Islamischen Republik Iran steht;

b) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;

c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;

d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

e) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;

f) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

i) in der Republik Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;

ii) in der Islamischen Republik Iran: den Minister für Wirtschaft und Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;

g) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;

ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

## Artikel 4
## ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenem Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;

c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;

d) ist die Person Staatsangehöriger keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

## Artikel 5
## BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebstätte“ umfasst insbesondere:

a) einen Ort der Leitung,

b) eine Zweigniederlassung,

c) eine Geschäftsstelle,

d) eine Fabrikationsstätte,

e) eine Werkstätte und

f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Erforschung und/oder der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage, einschließlich der damit verbundenen Überwachungstätigkeiten, ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;

b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung unterhalten werden;

c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;

e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machten.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Ein Vertreter wird jedoch nicht als unabhängiger Vertreter angesehen, wenn er seine Tätigkeit ausschließlich oder überwiegend für dieses Unternehmen ausübt und die Geschäftsbeziehungen zwischen dem Vertreter und dem Unternehmen nicht den Bedingungen des Fremdvergleichs entsprechen.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

## Artikel 6
## EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten. Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen, einschließlich Öl- oder Gasvorkommen und Steinbrüche. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

## Artikel 7
## UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## Artikel 8
## SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

## Artikel 9
## VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## Artikel 10
## DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11
## ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 dürfen die im Absatz 1 genannten Zinsen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Nutzungsberechtigte der Zinsen ist und wenn diese Zinsen

a) an einen Vertragsstaat, an andere öffentliche Einrichtungen, an Gemeinden, an die Zentralbanken oder an andere Banken, die zur Gänze einem Vertragsstaat gehören,

b) für ein Darlehen jeder Art, das von einer öffentlichen Einrichtung zum Zwecke der Exportförderung gewährt, besichert oder garantiert wird,

c) im Zusammenhang mit dem Verkauf gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen auf Kredit oder

d) für ein von einer Bank gewährtes Darlehen jeder Art

gezahlt werden.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12
## LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme sowie Aufzeichnungen für Rundfunk und Fernsehen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln

oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und sind die Rechte oder Vermögenswerte, die zur Zahlung der Lizenzgebühren Anlass geben, tatsächlich wirtschaftlich mit der Betriebstätte oder der festen Einrichtung verbunden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 13
## GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

## Artikel 14
## SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

## Artikel 15
## EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat

besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält und

b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen nicht von einer Betriebstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats für unselbständige Arbeit gezahlt werden, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

## Artikel 16
## AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

## Artikel 17
## KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

## Artikel 18
## RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 19
## ÖFFENTLICHER DIENST

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Vergütungen, die den Handelsdelegierten und den Mitgliedern der Außenhandelsstellen der Vertragsstaaten gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

## Artikel 20
## STUDENTEN

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

## Artikel 21
## ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(3) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

## Artikel 22
## VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 23
## VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

(1) In der Republik Österreich wird die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

a) Bezieht eine in der Republik Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Islamischen Republik Iran besteuert werden, so nimmt die Republik Österreich vorbehaltlich der Buchstaben b und c und des Absatzes 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.

b) Bezieht eine in der Republik Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in der Islamischen Republik Iran besteuert werden dürfen, so rechnet die Republik Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Islamischen Republik Iran gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus der Islamischen Republik Iran bezogenen Einkünfte entfällt.

c) Buchstabe a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in der Republik Österreich ansässigen Person, wenn die Islamische Republik Iran dieses Abkommen so anwendet, dass die Islamische Republik Iran diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10, 11 oder 12 auf diese Einkünfte anwendet.

(2) In der Islamischen Republik Iran wird die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:
Bezieht eine in der Islamischen Republik Iran ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in der Republik Österreich besteuert werden, so rechnet die Islamische Republik Iran

a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Republik Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;

b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in der Republik Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in der Republik Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das dort besteuert werden darf, entfällt.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

## Artikel 24
## GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

## Artikel 25
## VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Die zuständigen Behörden können gegebenenfalls durch Beratungen geeignete Verfahren, Bedingungen, Methoden und Techniken für die Anwendung des in diesem Artikel vorgesehenen Verständigungsverfahrens festlegen.

## Artikel 26
## INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

## Artikel 27
## MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

## Artikel 28
## IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt sechzig Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem Kalenderjahr beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

## Artikel 29
## KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es spätestens sechs Monate vor Ablauf eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem Kalenderjahr beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 11. März 2002, der dem 20. Esfand 1380 entspricht, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, persischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Für die Regierung der Republik Österreich:

**Mag. Karl-Heinz Grasser**

Für die Regierung der Islamischen Republik Iran:

**Ing. Eshaq Jahangiri**

## PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Islamischen Republik Iran abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

**1. Zu Artikel 17 Absatz 3:**

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern und Theatern sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften auf Dauer im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

**2. Zu Artikel 21 Absatz 3:**

Die in dieser Bestimmung angeführten Einkünfte sind bei Ermittlung des Progressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 11. März 2002, der dem 20. Esfand 1380 entspricht, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, persischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Für die Regierung der Republik Österreich:

**Mag. Karl-Heinz Grasser**

Für die Regierung der Islamischen Republik Iran:

**Ing. Eshaq Jahangiri**

**بسمه تعالی**

# موافقتنـــــامه

**بین دولت جمهوری اسلامی ایران**

**و**

**دولت جمهوری اتریش**

**بمنظور اجتناب از اخذ مالیات مضاعف**

**درمورد مالیات بر درآمدو سرمایه**

**دولت جمهوری اسلامی ایران**

**و**

**دولت جمهوری اتریش**

با تمایل به انعقاد موافقتنامه ای بمنظور اجتنـاب از اخـذ مالیـات مضاعف درمورد مالیاتهای بردرآمد و سرمایه، بشرح زیر توافق نمودند:

## ماده ۱
## اشخاص مشمول موافقتنامه

این موافقتنامه ناظر بر اشخاصی است که مقیم یکـی از دولتـهای متعاهد یا هردو آنها باشند .

## ماده ۲
## مالیاتهای موضوع موافقتنامه

۱- این موافقتنامه شامل مالیات بر درآمد و مالیات بر سرمایه است که صرفنظر از نحوه اخذ آنها ، از سوی یک دولت متعاهد، تقسـیمات فرعی سیاسی یا مقامات محلی آنها وضع می گردد .

۲- مالیات بر درآمد و سرمایه عبارت است از کلیه مالیاتهای برکـل درآمد و کل سرمایه یا اجزای درآمد و سرمایه ازجمله مالیـات درآمـد های حاصل از نقل وانتقال اموال منقول یا غیرمنقول، مالیـات برکـل مبالغ دستمزد یا حقوق پرداختی توسط موسسات و همچنین مالیات بر افزایش ارزش سرمایه .

۳- مالیاتهای موجود مشمول این موافقتنامه عبارتند از :

الف : درمورد جمهوری اسلامی ایران :
- مالیات بر درآمد
- مالیات بر دارایی

ب : درمورد جمهوری اتریش:
- مالیات بردرآمد،
- مالیات شرکت،
- مالیات بر اراضی،
- مالیات برمؤسسات کشاورزی وجنگلداری ،

- مالیات برمحلهای خالی

۴- این موافقتنامه شامل مالیاتهایی که نظیر یا دراساس مشابه مالیاتهای موجود بوده و بعد از تاریخ امضای این موافقتنامه به آنها اضافه ویا بجای آنها وضع شود نیز خواهد بود . مقامات صلاحیتدار دولتهای متعاهد ، یکدیگر را از هر تغییرمهمی که در قوانین مالیاتی مربوط به آنها حاصل شود ، مطلع خواهند نمود.

## ماده ۳
## تعاریف کلی

۱- از لحاظ این موافقتنامه ، جز درمواردی که سیاق عبارت مفهوم دیگری را اقتضا نماید معانی اصطلاحات به قرارزیراست:

الف :

- " جمهوری اسلامی ایران " به مناطق تحت حاکمیت ویا صلاحیت جمهوری اسلامی ایران اطلاق می شود .

- "جمهوری اتریش" به به مناطق تحت حاکمیت ویا صلاحیت جمهوری اتریش اطلاق می شود .

ب : " شخص " اطلاق می شود به شخص حقیقی، شرکت یا هر مجموعه دیگری از افراد ،

پ : " شرکت " اطلاق می شود به هر شخص حقوقی یا هر واحدی که از لحاظ مالیاتی بعنوان شخص حقوقی محسوب می شود .

ت : " موسسه یک دولت متعاهد" و" موسسه دولت متعاهد دیگر " به ترتیب به موسسه ای که به وسیله مقیم یک دولت متعاهد وموسسه ای که به وسیله مقیم دولت متعاهد دیگر اداره می گردد اطلاق می شود .

ح : " حمل ونقل بین المللی" به هرگونه حمل ونقل توسط کشتی یا وسیله نقلیه هوایی که توسط موسسه یک دولت متعاهد انجام می گردد اطلاق می شود، باستثنای مواردی که کشتی یا وسایط نقلیه هوایی صرفاً برای حمل ونقل بین نقاط واقع در دولت متعاهد دیگر استفاده شود .

چ : " مقام صلاحیتدار" :
- درمورد جمهوری اسلامی ایران به وزیر امور اقتصادی و دارایی یا نماینده مجاز او،
- درمورد جمهوری اتریش به وزیردارایی فدرال یا نماینده مجاز اطلاق می شود.

ح : " تبعه " اطلاق میشود به:
۱- هر شخص حقیقی که تابعیت یکی ازدولتهای متعاهد را داشته باشد،
۲- هر شخص حقوقی، مشارکتی یا اتحادیه که وضعیت قانونی خودرا بموجب قوانین جاری دریک دولت متعاهدکسب نماید.

۲- در اجرای این موافقتنامه توسط یک دولت متعاهد ، هر اصطلاحی که تعریف نشده باشد ، دارای معنای بکار رفته در قوانین آن دولت متعاهد راجع به مالیاتهای موضوع این موافقتنامه است ، بجز مواردی که اقتضای سیاق عبارت به گونه ای دیگر باشد .

## ماده ۴

## مقیم

۱- از لحاظ این موافقتنامه اصطلاح " مقیم یک دولت متعاهد " به هر شخصی اطلاق می شود که بموجب قوانین آن دولت متعاهد ، ازحیث اقامتگاه ، محل سکونت ، محل مدیریت یا بجهات مشابه دیگر

مشمول مالیات آن دولت باشد وهمچنین این اصطلاح شامل آن دولت، تقسم فرعی سیاسی یا مقام محلی خواهد بود . با وجود این اصطلاح مزبور شامل شخصی نخواهد بود که صرفاً بلحاظ سرمایه و یا کسب درآمد از منابع واقع در آن دولت مشمول مالیات آن دولت می شود .

۲- در صورتی که حسب مقررات بند (۱) این ماده شخص حقیقی ، مقیم هر دو دولت متعاهد باشد، وضعیت او بشرح زیر تعیین خواهد شد :

الف : او فقط مقیم دولتی تلقی خواهد شد که درآن ، محل سکونت دایمی در اختیار دارد . اگر او در هر دو دولت محل سکونت دایمی در اختیار داشته باشد ، فقط مقیم دولتی تلقی خواهد شد که درآن علایق شخصی و اقتصادی بیشتری دارد (مرکز منافع حیاتی ) .

ب : هرگاه نتوان دولتی را که وی درآن مرکز منافع حیاتی دارد تعیین کرد ، یا چنانچه او در هیچ یک از دو دولت ، محل سکونت دایمی در اختیار نداشته باشد، فقط مقیم دولت متعاهدی تلقی خواهد شد که معمولاً درآنجا بسرمی برد.

پ : هرگاه او معمولاً در هر دو دولت متعاهد بسر برد یا در هیچ یک بسر نبرد ، فقط مقیم دولتی تلقی میشود که تابعیت آنرا دارد .

ت : هرگاه او تابعیت هیچ یک از دو دولت متعاهد را نداشته باشد ، موضوع با توافق مقامات صلاحیتدار دو دولت متعاهد حل وفصل خواهد شد .

۳- در صورتی که حسب مقررات بند(۱) شخصی غیر از شخص حقیقی ، مقیم هر دو دولت متعاهد باشد ، آن شخص، صرفا مقیم دولتی تلقی خواهد شدکه محل مدیریت مؤثر وی درآن واقع است .

## ماده ۵

## مقــر دایـــم

۱- ازلحاظ این موافقتنامه اصطلاح "مقر دایـم " بـه محـل ثـابتی اطلاق می شود که از طریق آن ، فعالیتهای یک موسسه کلا یا جزئـا انجام می گردد .

۲- اصطلاح " مقر دایم" بویژه شامل موارد زیر است :

الف : محل اداره

ب : شعبه

پ : دفتر

ت : کارخانه

ث : کارگاه و

ج : معدن، چاه نفت یا گاز ، معدن سنگ یا هر محل دیگـر اکتشاف ، استخراج و یا بهره برداری از منابع طبیعی .

۳- کارگـاه سـاختمانی ، پـروژه سـاخت ، سـوار کـردن و یـا نصـب ساختمان یا فعالیتهای مربوط به سرپرستی و نظارت مرتبـط بـا آن ، " مقردایم " محسوب می شوند ولی فقط در صورتی که این کارگـاه، پروژه یا فعالیتها بیش از (۱۲) ماه استقرار یا ادامه داشته باشد.

۴- علیرغم مقررات قبلی این ماده ، انجام فعالیت های مشروحه زیر بعنوان فعالیت از طریق " مقر دایم" تلقی نخواهد شد :

الف : استفاده ازتسهیلات ، صرفاً بمنظور انبار کردن ، نمـایش اجناس یا کالاهای متعلق به موسسه .

ب : نگهداری کـالا یـا اجنـاس متعلـق بـه موسسـه ، صرفـاً بمنظور انبار کردن یا نمایش .

پ : نگهداری کالا یا اجناس متعلق به موسسه ، صرفاً بمنظور فرآوری آنها توسط موسسه دیگر .

ت : نگهداری محل ثابت کسب و کار صرفاً بمنظور خرید کالاها یا اجناس ، یا گردآوری اطلاعات برای آن موسسه .

ث : نگهداری محل ثابت کسب و کار صرفاً بمنظور انجام فعالیت هایی که برای آن موسسه دارای جنبه تمهیدی یا کمکی باشد .

ج : نگهداری محل ثابت کسب و کار صرفاً بمنظور ترکیبی از فعالیتهای مذکور در جزء های (الف )تا (ث ) ، بشرط آنکه فعالیت کلی محل ثابت شغلی حاصل از این ترکیب ، دارای جنبه تمهیدی یا کمکی باشد .

۵- علیرغم مقررات بندهای ( ۱و۲) درصورتی که شخصی ( غیر از عاملی که دارای وضعیت مستقل بوده و مشمول بند (۶) است) در یک دولت متعاهد از طرف موسسه ای فعالیت کند و دارای اختیار انعقاد قرار داد بنام آن موسسه باشد و اختیار مزبور را به طور معمول اعمال کند، آن موسسه در مورد فعالیتهایی که این شخص برای آن انجام می دهد، در آن دولت دارای مقر دایم تلقی خواهد شد مگرآنکه فعالیتهای شخص مزبور محدود به موارد مذکور در بند (۴) باشد، که در این صورت آن فعالیت ها چنانچه از طریق محل ثابت کسب وکار نیز انجام گیرند بموجب مقررات بند مذکور، این محل ثابت کسب وکار را به مقر دایم تبدیل نخواهد کرد .

۶- موسسه یک دولت متعاهد صرفاً به سبب آنکه دردولت متعاهد دیگر از طریق حق العملکار ، دلال یا هر عامل مستقل دیگری به انجام امور می پردازد ، در آن دولت متعاهد دیگر دارای مقر دایم تلقی نخواهد شد مشروط برآنکه عملیات اشخاص مزبور در جریان عادی کسب و کار آنان صورت گیرد . معذالک ، هرگاه فعالیت های چنین عاملی به طور کامل یا تقریباً کامل به آن موسسه تخصیص

یافته باشد ، چنانچه معاملات بین این عامل وآن موسسه در شرایط استقلال انجام نگیرد، او بعنوان عامل دارای وضعیت مستقل قلمداد نخواهد شد.

۷- صرف اینکه شرکت مقیم یک دولت متعاهد ، شرکت مقیم و یا فعال در دولت متعاهد دیگر را کنترل می کند و یا تحت کنترل آن قرار دارد یا درآن دولت دیگرفعالیت تجاری انجام میدهد ( خواه از طریق مقر دایم و خواه بنحو دیگر) بخودی خود برای اینکه یکی از آنها مقر دایم دیگری محسوب شود، کافی نخواهد بود .

## ماده ۶
## درآمد حاصل از اموال غیر منقول

۱- درآمد حاصل توسط مقیم یک دولت متعاهد از اموال غیر منقول واقع در دولت متعاهد دیگر ( از جمله درآمد حاصل از کشاورزی یا جنگلداری ) مشمول مالیات آن دولت دیگر خواهد بود .

۲ - اصطلاح " اموال غیر منقول" دارای همان تعریفی است که در قوانین دولت متعاهدی که اموال مزبور در آن قرار دارد ، آمده است . این اصطلاح بهر حال شامل ملحقات مربوط به اموال غیر منقول، احشام واسباب و ادوات مورد استفاده در کشاورزی و جنگلداری ، حقوقی که مقررات قوانین عام راجع به مالکیت اراضی ، در مورد آنها اعمال میگردد، حق انتفاع از اموال غیر منقول و حقوق مربوط به پرداختهای ثابت یا متغیر درازای کار یا حق انجام کار، ذخایر معدنی ، سرچشمه ها وسایر منابع طبیعی از جمله نفت، گاز و معدن سنگ خواهد بود .کشتی ها و وسایط نقلیه هوایی بعنوان اموال غیر منقول محسوب نخواهند شد .

۳- مقررات بند (۱) این ماده نسبت به درآمد حاصل از استفاده مستقیم، اجاره یا هر شکل دیگراستفاده از اموال غیر منقول جاری خواهد بود .

۴- مقررات بندهای (۱و۳) این ماده در مورد درآمد ناشی از اموال غیر منقول موسسه و درآمد ناشی از اموال غیر منقول مورد استفاده برای انجام خدمات شخصی مستقل نیز جاری خواهد شد .

## ماده ۷
## درآمدهای تجاری

۱- درآمد موسسه یک دولت متعاهد فقط مشمول مالیات همان دولت خواهد بود مگر اینکه این موسسه از طریق مقر دایم واقع در دولت متعاهد دیگر امور تجاری خود را انجام دهد.
چنانچه موسسه از طریق مزبور به کسب و کار بپردازد درآمدآن موسسه فقط تا حدودی که مرتبط با مقر دایم مذکور باشد ، مشمول مالیات دولت دیگر می شود .

۲- با رعایت مقررات بند (۳)، درصورتی که موسسه یک دولت متعاهد از طریق مقر دایم واقع در دولت متعاهد دیگر فعالیت نماید ، آن مقر دایم در هریک از دو دولت متعاهد ، دارای درآمدی تلقی می شود که اگر بصورت موسسه ای متمایز و مجزا وکاملاً مستقل از موسسه ای که مقر دایم آن است به فعالیتهای نظیر یا مشابه در شرایط نظیر یا مشابه اشتغال داشت ، می توانست تحصیل کند .

۳- در تعیین درآمد مقر دایم ، هزینه های قابل قبول از جمله هزینه های اجرایی و هزینه های عمومی اداری که برای مقاصد آن مقر دایم تخصیص یافته باشند، کسر خواهد شد ، اعم از آنکه در دولتی که مقر دایم در آن واقع شده است، انجام پذیرد، یا درجای دیگر.
۴- چنانچه در یک دولت متعاهد روش متعارف برای تعیین درآمد قابل تخصیص به مقر دایم براساس تسهیم کل درآمد موسسه به بخشهای مختلف آن باشد ، مقررات بند (۲) مانع بکاربردن روش تسهیمی متعارف آن دولت متعاهد ، برای تعیین درآمد مشمول مالیات نخواهد شد . درهرحال نتیجه روش تسهیمی متخذه باید با اصول این ماده تطابق داشته باشد .

۵- صرف آنکه مقر دایم بـرای موسسـه جنـس یـا کـالا خریـداری می کند ، موجب منظور داشتن درآمد برای آن مقر دایم نخواهد بود .

۶- ازلحاظ مقررات بندهای پیشین درآمد منظـور شـده بـرای مقـر دایم سال به سال به روش یکسان تعیین خواهد شد ، مگر آنکه دلیل مناسب وکافی برای اعمال روش دیگر وجود داشته باشد .

۷- درصورتی که درآمد شامل اقلامی از درآمد باشد که طبق سایر مواد این موافقتنامه حکم جداگانه ای دارد ، مفاد این ماده خدشه ای به مقررات آن مواد وارد نخواهد آورد .

## ماده ۸
## کشتیرانی و حمل و نقل هوایی

درآمد حاصل توسط موسسه یک دولـت متعـاهد بـابت اسـتفاده از کشتی ها یا وسایط نقلیه هوایی، درحمـل و نقـل بیـن المللـی فقـط مشمول مالیا ت آن دولت متعاهد خواهد بود .

## ماده ۹
## موسسات شریک

۱- درصورتی که :

الف : موسسه یک دولت متعاهد بطـور مستقیم یا غیر مستقیم در مدیریت، کنترل یا سرمایه موسسه دولت متعاهد دیگر مشارکت داشته باشد ،

یا

ب : اشخاصی واحد بطور مستقیم یا غیر مستقیم درمدیریت، کنترل یا سرمایه موسسه یک دولت متعاهد و موسسه دولت متعاهد دیگر مشارکت داشته باشند.

و شرایط مورد توافق یا مقرر در روابط تجاری یا مالی بین این دو موسسه ، متفاوت از شرایطی باشد که بین موسسات مستقل برقرار است ، درآن صورت هرگونه درآمدی که باید عاید یکی از این موسسات می شد ، ولی بعلت آن شرایط ، عاید نشده است می تواند جزء درآمد آن موسسه منظور شده و مشمول مالیات متعلقه شود .

۲- در صورتی که یک دولت متعاهد درآمدهایی که در دولت متعاهد دیگر بابت آنها از موسسه آن دولت متعاهد دیگر مالیات اخذ شده ، جزء درآمدهای موسسه خود منظور و آنها را مشمول مالیات کند ، و درآمد مزبور درآمدی باشد که چنانچه شرایط استقلال بین دو موسسه حاکم بود ، عاید موسسه دولت نخست می شد ، در این صورت آن دولت دیگر درمیزان مالیات متعلقه بر آن درآمد ، تعدیل مناسبی بعمل خواهد آورد . در تعیین چنین تعدیلاتی سایر مقررات این موافقتنامه باید لحاظ شود و مقامات صلاحیتدار دو دولت متعاهد درصورت لزوم با یکدیگر مشورت خواهند کرد .

## ماده ۱۰

## سود سهام

۱- سود سهام پرداختی توسط شرکت مقیم یک دولت متعاهد به مقیم دولت متعاهد دیگر مشمول مالیات آن دولت دیگر می شود .

۲- مع ذالک این سود سهام ممکن است دردولت متعاهدی که شرکت پرداخت کننده سود سهام مقیم آن است و طبق قوانین آن دولت نیز مشمول مالیات شود ، ولی در صورتی که مالک منافع سودسهام ، مقیم دولت متعاهد دیگر باشد، مالیات متعلقه از:

الف) ۵ درصد مبلغ ناخالص سود سهام درصورتی کـه مـالک منـافع شرکتی (به استثنای مشارکتها ) باشد که مستقیما حداقل ۲۵درصـد سرمایه شرکت پرداخت کننده سودسهام رادراختیارداشته باشد.

ب) ۱۰درصدمبلـغ ناخـالص سودسـهام درکلیـه سـایرموارد، تجاوزنخواهدکرد.

این بند تاثیری برمالیات شرکت درمورد منافعی که سودسهام ازمحل آن پرداخت می شود نخواهد گذاشت.

۳ - اصطلاح " سود سهام" در این ماده اطلاق می شود بـه درآمـد حاصل از سهـام ، سهام منافع یا حقوق سهام منـافع ،سـهام معـادن، سهام موسسین یا سایر حقوق ( باستـثنای مطالبات دیون ، مشـارکت در منافع ) و نیز درآمدی که طبق قوانین دولت محل اقامت شـرکت تقسیم کننده درآمـد مشمول همان رفتار مالیاتی است کـه درمـورد درآمد حاصل از سهام اعمال می گردد .

۴- هرگاه مالک منافع سود سهام ، مقیم یک دولت متعاهد بـوده و دردولت متعاهد دیگر که شرکت پرداخت کننده سود سهام مقیـم آن است ، از طریق مقر دایم واقع درآن ، به فعالیت شغلی بپردازد یـا از پایگاه ثابت واقع در آن دولت متعاهد دیگر خدمات شـخصی مسـتقل انجام دهد و سهامی که از بابت آن سـود سـهام پرداخـت مـی شـود بطور موثر مرتبط با این مقـر دایـم یـا پایگـاه ثـابت باشـد ، مقـررات بندهای (۱و۲) جاری نخواهد بود . در این صورت ، مقررات مواد (۷) یا ( ۱۴) ، حسب مورد ، مجری خواهد بود.

۵- در صورتی که شـرکت مقیـم یـک دولـت متعـاهد ، منـافع یـا درآمدی از دولت متعاهد دیگـر تحصیـل کنـد ، آن دولـت متعـاهد دیگر هیچ نوع مالیاتی بر سود سهام پرداختی توسط این شرکت وضع نخواهد کرد ( بغیر از مواقعی که این سود سهام بـه مقیـم آن دولـت متعاهد دیگر پرداخت شود یا مواقعی که سهامی کـه بـابت آن سـود سهام پرداخت می شود بطور موثر مرتبط با مقر دایم یا پایگـاه ثـابت

واقع در آن دولت متعاهد دیگر باشد ) ، ومنافع تقسیم نشده شـرکت را نیز مشمول مالیات نخواهد کرد ، حتی اگر سود سهام پرداختی یـا منافع تقسیم نشده ، کلاً یا جزئاً از منـافع یـا درآمـد حـاصل در آن دولت دیگر تشکیل شود .

## ماده ۱۱
## هزینه های مالی

۱- هزینه های مالی حاصل در یک دولت متعاهد که به مقیم دولـت متعاهد دیگر پرداخت شده مشمول مالیات آن دولت دیگر می شود .

۲- مع ذالک، این هزینه های مالی ممکن است در دولـت متعـاهدی که حاصل شده و طبق قوانین آن نـیز مشـمول مالیـات شـود ، ولـی چنانچه مالک منافع هزینه های مالی، مقیم دولت متعاهد دیگر باشد، مالیات متعلقه از (۵) درصد مبلغ ناخالص هزینـه هـای مـالی تجـاوز نخواهد کرد .

۳- علیرغم مقررات بند (۲)، هزینه هـای مـالی مذکوردربند۱فقـط دردولت متعاهدی که دریافت کننده مقیم آن است مشـمول مالیـات خواهدبودمشروط بر آنکه دریافت کننده مالک منافع هزینه های مالی بوده وهزینه ها در موارد زیر پرداخت شده باشد:
الف) به یک دولت متعاهد، سایر موسسات دولتی، شـهرداریها ، بـانک مرکزی و سـایر بانکـهایی کـه کـلاً متعلـق بـه یـک دولـت متعـاهد می باشند،
ب) هر نوع وام که به منظور تشویق صادرات توسط مؤسسات عمومی اعطاء، تضمین یا بیمه می شود،
پ) درخصوص فروش اعتباری تجهیزات علمـی، بـازرگـانی وصنعتـی باشد،
ت) هرنوع وام اعطایی توسط یک بانک.

۴- اصطـلاح " هزینه های مـالی" بنحوی که در ایـن مـاده بکـار رفته است به درآمد ناشی از هر نوع مطالبات دینی اعم از آنکه دارای

وثیقه و یا متضمـــن حـق مشـارکت در منـــافع بدهکـار بـــاشد یـا نباشـــد ، و بخصوص درآمد ناشی از اوراق بهادار دولتی و درآمد ناشی از اوراق قرضه یا سهام قرضه شـامل حـق بیمـه و جوایـز متعلـق بـه اوراق بهادار، اوراق قرضه یا سهام قرضه مزبور اطـلاق می گـردد . جریمه های تاخیر تادیه ازلحاظ این ماده هزینه های مـالی محسـوب نخواهد شد .

۵- هرگاه مالک منافع هزینه های مالی ، مقیم یک دولـت متعـاهد بوده و در دولت متعاهد دیگری که هزینه های مالی در آنجـا حـاصل شده از طریق مقر دایم فعالیت شغلی داشته باشد یا در دولت متعاهد دیگر از پایگاه ثابت واقع در آن خدمات شخصی مستقل انجام دهد و مطالبات دینی که هزینه های مـالی از بـابت آن پرداخـت مـی شـود بطور موثر مربوط به این مقر دایـم یـا پایگـاه ثـابت باشـد ، مقـررات بندهای ( ۱) و (۲) این مـاده اعمـال نخواهـد شـد . در ایـن صـورت حسب مورد ، مقررات مواد (۷) یا (۱۴) مجری خواهد بود .

۶- هزینه های مالی درصورتی دریک دولـت متعـاهد حـاصل شـده تلقی خواهد گردید که پرداخت کننده فردی مقیـم آن دولـت باشـد. مع ذالک ، در صورتی که شخص پرداخت کننده هزینـه هـای مـالی، خواه مقیم یک دولت متعاهد باشد یا نباشد، در یک دولت متعـاهد و در ارتباط با دینی که هزینه های مالی به آن تعلق مـی گـیرد دارای مقر دایم یا پایگاه ثابت بوده و پرداخت این هزینه های مالی بر عـهده آن مقر دایم یا پایگاه ثابت باشد، دراین صورت چنیـن تلقـی خواهـد شد که هزینه های مالی مذکور، در دولت محل وقـوع مقـر دایـم یـا پایگاه ثابت حاصل شده است.

۷- در صورتی که بدلیل وجود رابطه خاص بین پرداخـت کننـده و مالک منافع یا بین هر دوی آنها و شخص دیگری، مبلغ هزینـه هـای مالی که در مورد مطالبات دینـی پرداخـت مـی شـود از مبلغـی کـه در صورت عدم وجود چنین ارتباطی بیـن پرداخـت کننـده و مـالک منافع توافق می شد بیشتر باشد ، مقررات این ماده فقـط نسـبت بـه مبلغ اخـیرالذکر اعمـال خواهـد شـد. در ایـن مـورد ، قسـمت مـازاد

پرداختی ، طبق قوانین هریک از دولتهای متعاهد و بـا رعـایت سـایر مقررات این موافقتنامه مشمول مالیات خواهد بود.

## ماده ۱۲
## حق الامتیازها

۱- حق الامتیازهایی که در یک دولت متعـاهد حـاصل و بـه مقیـم دولت متعاهد دیگر پرداخت شده، مشمول مالیات آن دولت متعاهد دیگر می شود .

۲- مع ذالک ، این حق الامتیازها ممکن است در دولت متعـاهدی که حاصـــل شده طبق قوانین آن دولت نیز مشمول مالیات شود، ولی چنانچه مالک منافع حق الامتیاز مقیـم دولـت متعـاهد دیگـر باشد، مالیات متعلقه بیش از (۵) درصد مبلغ ناخالص حـق الامتیـاز نخواهد بود .

۳- اصطـــلاح " حق الامتیـاز " در ایـن مـاده بـه هـر نـوع وجـوه دریافت شده در ازای استفاده یا حق استفاده از هر نوع حـق چـاپ و انتشار آثار ادبی ، هنـــری یـا علمـی ازجملـه فیلمـهای سـینمایی و نوارهای رادیویـی و تلویزیونـی ، هـرگـونه حـق انحصـاری اخـتراع ، علامت تجاری ، طرح یا نمونه ، نقشه ، فرمول یا فرآینـد سـری ، یـا اطلاعات مربوط به تجارب صنعتی ، بازرگانی یا علمی ، یا استفـــاده یا حق استفاده از تجهیزات صنعتـی ، بـازرگـانی یـا علمـی ، اطـلاق می شود .

۴- هرگاه مالک منافع حق الامتیاز ، مقیم یک دولت متعاهد بوده و در دولت متعاهد دیگر که حق الامتیـاز حـاصل مـی شـود از طریـق مقردایم ، فعالیت شغلی داشته باشد ، یـا در دولـت متعـاهد دیگـر از طریق پایگاه ثابت خدمات شخصی مستقل انجام دهد و حق یا اموالی که حق الامتیاز نسبت به آنها پرداخت می شود بطورموثری بـا ایـن مقر دایم یا پایگاه ثابت ارتباط داشته باشد ، مقـررات بندهـای (۱) و (۲) اعمال نخواهد شد . در این صورت حسب مـورد ، مقـررات مـواد (۷) یا ( ۱۴) مجری خواهد بود.

۵- حق الامتیاز در یک دولت متعاهد در صورتی حاصل شده تلقی خواهد شد که پرداخت کننده مقیم آن دولت باشد . مع ذالک درصورتی که ، شخص پرداخت کننده حق الامتیاز ( خواه مقیم یک دولت متعاهد باشد یا نباشد )در یک دولت متعاهد دارای مقر دایم یا پایگاه ثابتی باشد که حق یا اموال موجد حق الامتیاز بنحوی موثر با آن مقر دایم یا پایگاه ثابت ارتباط داشته و پرداخت حق الامتیاز بر عهده مقر دایم یا پایگاه ثابت مذکور باشد حق الامتیاز در دولت متعاهدی حاصل شده تلقی خواهد شد که مقر دایم یا پایگاه ثابت مزبور در آن واقع است .

۶- چنانچه به سبب وجود رابطه ای خاص میان پرداخت کننده و مالک منافع یا بین هر دوی آنها با شخص دیگری ، مبلغ حق الامتیازی که با در نظر گرفتن استفاده ، حق استفاده یا اطلاعاتی که بابت آنها حق الامتیاز پرداخت می شود ، از مبلغی که در صورت عدم وجود چنین ارتباطی بین پرداخت کننده و مالک منافع توافق می شد بیشتر باشد ، مقررات این ماده فقط نسبت به مبلغ اخیرالذکر مجری خواهد بود . در اینگونه موارد ، قسمت مازاد پرداختی طبق قوانین هریک از دولتهای متعاهد و با رعایت سایر مقررات این موافقتنامه مشمول مالیات باقی خواهد ماند.

## ماده ۱۳

## عواید سرمایه ای

۱- عواید حاصل توسط مقیم یک دولت متعاهد از نقل وانتقال اموال غیر منقول مذکور در ماده (۶) که در دولت متعاهد دیگر قرار دارد ، مشمول مالیات آن دولت متعاهد دیگر می شود .

۲- عواید ناشی از نقل وانتقال اموال منقولی که بخشی از وسایل کسب وکار مقر دایم موسسه یک دولت متعاهد در دولت متعاهد دیگرمی باشد ، یا اموال منقول متعلق به پایگاه ثابتی که در اختیار مقیم یک دولت متعاهد بمنظور انجام خدمات شخصی مستقل در دولت متعاهد دیگر می باشد ، شامل عواید ناشی از نقل و انتقال

مقر دایم ( به تنهایی یا همراه با کل موسسه ) یا پایگاه ثابت مزبـور ، مشمول مالیات آن دولت دیگر می شود .

۳- عواید حاصل توسط موسسه یک دولت متعـاهد از نقـل وانتقـال کشتی ها یا وسـایط نقلیـه هوایـی مـورد اسـتفاده در حمـل و نقـل بین المللی یا اموال منقول مرتبط بـا اسـتفاده از ایـن کشـتی هـا یـا وسایط نقلیه هوایی، فقط مشمول مالیات آن دولـت متعـاهد خواهـد بود.

۴- عواید ناشی از نقل وانتقال هرمـالی بـه غـیر از مـوارد مذکـور در بندهای (۱) ، (۲) و (۳) فقط مشمول مالیـات دولـت متعـاهدی کـه انتقال دهنده مقیم آن است خواهد بود .

## ماده ۱۴

## خدمات شخصی مستقل

۱- درآمد حاصل توسط مقیم یک دولـت متعـاهد بسـبب خدمـات حرفه ای یا سـایر فعالیتـهای مسـتقل ، فقـط در آن دولـت مشـمول مالیات خواهد بود مگر آنکه این شخص بمنظور ارایه فعالیتهای خـود بطور منظم پایگاه ثابتی در دولت متعاهد دیگر در اختیار داشته باشد که در این صورت این درآمد فقط تا حدودی که مربوط به آن پایگـاه ثابت باشد، مشمول مالیات دولت دیگر خواهد بود .

۲- اصطلاح " خدمات حرفه ای" بویـژه شـامل فعالیتـهای مسـتقل علمی ، ادبی ، هـنری ، پرورشـی ، آموزشـی و همچنیـن فعالیتـهای مسـتقل پزشـکان، وکـلای دادگسـتری، مهندسـان، معمـاران ، دندانپزشکان و حسابداران می باشد .

## ماده ۱۵

## خدمات شخصی غیر مستقل

۱- با رعایت مقررات مواد (۱۶ ، ۱۸و ۱۹ ) ، حقـوق، مـزد و سـایر حق الزحمه های مشابه ای که مقیم یـک دولـت متعـاهد بـه سـبب استخدام دریافت می دارد فقط مشمول مالیات همان دولت می باشد،

مگر آنکه استخدام در دولت متعاهد دیگرانجام شود که دراین صورت حق الزحمه حاصل از آن مشمول مالیات آن دولت دیگر می شود .

۲- علیرغم مقررات بند (۱) ، حق الزحمه مقیم یک دولت متعاهد به سبب استخدامی که در دولت متعاهد دیگر انجام شده فقط مشمول مالیات دولت نخست خواهد بود مشروط بر آنکه :

الف : جمع مدتی که دریافت کننده در یک یا چند نوبت در دولت دیگر بسر برده است از (۱۸۳ ) روز، در دوره دوازده ماهه ای که درسال مالی مربوط شروع یا خاتمه می یابد تجاوز نکند، و

ب : حق الزحمه توسط یا از طرف کارفرمایی که مقیم دولت دیگر نیست پرداخت شود، و

پ : پرداخت حق الزحمه بر عهده مقر دایم یا پایگاه ثابتی نباشد که کارفرما در دولت دیگر دارد.

۳- علیرغم مقررات یادشده دراین ماده، حق الزحمه پرداختی توسط موسسه یک دولت متعاهد ، در زمینه استخدام درکشتی یا وسایط نقلیه هوایی مورد استفاده در حمل و نقل بین المللی فقط مشمول مالیات آن دولت متعاهد خواهد بود .

## ماده ۱۶
## حق الزحمه مدیران

حق الزحمه مدیران و پرداختهای مشابه دیگری که مقیم یک دولت متعاهد بلحاظ سمت خود بعنوان عضو هیات مدیره شرکت مقیم دولت متعاهد دیگر تحصیل می نماید ، مشمول مالیات آن دولت دیگر می شود .

## ماده ۱۷

## هنرمندان و ورزشکاران

۱- درآمدی که مقیم یک دولت متعاهد بعنوان هنرمند ، از قبیل هنرمند تاتر، سینما، رادیو یا تلویزیون، یا موسیقیدان، یا بعنوان ورزشکار بابت فعالیتهای شخصی خود در دولت متعاهد دیگر حاصل می نماید، علیرغم مقررات مواد(۷)، (۱۴) و (۱۵) مشمول مالیات آن دولت دیگر می شود .

۲- درصورتی که درآمد مربوط به فعالیتهای شخصی هنرمند یا ورزشکار در سمت خود به آن هنرمند یا ورزشکار تعلق نگرفته و عاید شخص دیگری شود، آن درآمد،علیرغم مقررات مواد(۷)، (۱۴) و (۱۵) مشمول مالیات دولت متعاهدی می شود که فعالیتهای هنرمند یا ورزشکار درآن انجام می گردد .

۳- درآمدی که هنرمند یا ورزشکار بابت فعالیتهای خود در یک دولت متعاهد کسب می نماید درصورتی که هزینه های مسافرت وی به آن کشور کلا یا عمدتا ازمحل بودجه عمومی دولت دیگر،تقسیمات فرعی سیاسی یامقام محلی آن یا مؤسسه ای که رسما مؤسسه ای غیرانتفاعی شناخته شده باشد تامین گردد، از شمول بندهای (۱) و (۲) این ماده مستثنی می باشد. در این صورت درآمد مزبور فقط در دولت متعاهد محل اقامت ایشان مشمول مالیات خواهدبود.

## ماده ۱۸

## حقوق بازنشستگی

با رعایت مفاد بند (۲) ماده (۱۹) حقوق بازنشستگی و سایر وجوه مشابه پرداختی به مقیم یک دولت متعاهد به ازای خدمات گذشته فقط مشمول مالیات آن دولت خواهد بود .

## ماده ۱۹

## خدمات دولتی

۱-

الف) حقوق، دستمزد و سایرحق الزحمه های مشـــابه پرداختـــی باستثناء حقوق بازنشستگی، توسط یک دولـــت متعاهد یا تقسیم فرعی سیاسی یا مقـام محلی آن به شخص حقیقی بابت خدمات انجام شده برای آن دولـت،تقسیم فرعی سیاسی یا مقـام محلـی فقط مشمـول مالیات آن دولت خواهد بود.

ب ) معذالک، درصورتی که خدمـات در دولـت متعـاهد دیگـر و توسـط شـخص حقیقـی مقیـم آن دولـت انجـــام شـــود، ایـــن حق الزحمه ها فقط مشمول مالیات دولت متعاهد دیگـر خواهـد بود، مشروط برآنکه آن شخص مقیم :
- تابع آن دولت دیگر بوده یا
- صرفاً برای ارایه خدمات مزبور، مقیم آن دولت نشده باشد .

۲-

الف) حقوق بازنشستـگی پرداختی توسط یک دولت متعاهد ویـا از محل صندوق ایجاد شـــده از طـرف آن دولـت،تقسـیم فرعـی سیاسی یا مقام محلی آن به فردی در خصوص خدماتی که برای آن دولت،تقسیم فرعی ویا مقام محلی مزبور انجـــام داده اسـت ، فقط مشمول مالیات آن دولت خواهد بود.
ب) معذالک، درصورتی که شخص مزبور مقیم وتبعـــه آن دولـت باشد،این حقوق بازنشســـتگی فقـط در آن دولـت متعـاهد دیگـر مشمول مالیات خواهدبود.

۳- مقررات بند ۱ این ماده نسبت به الزحمه های پرداختی درمـورد اعضای کمیسیون بازرگانی خارجی دولتهای متعـاهد و کارکنـان آنها نیز مجری خواهدبود.

۴- در مورد حقوق دستمزد وسایرحق الزحمه های مشابه و مقرری های بازنشستگی بابت خدمات ارایه شده در خصوص فعالیتهای تجاری که یک دولت متعاهد،تقسیم فرعی سیاسی یا مقام محلی آن انجام میدهد مقررات مواد (۱۵،۱۶،۱۷و۱۸) مجری خواهد بود .

## ماده ۲۰
## محصلین

وجوهی که محصل یا کارآموزی که مقیم یک دولت متعاهد باشد یا بلافاصله قبل از حضوردر دولت متعاهد دیگر مقیم آن دولت بوده و صرفاً بمنظور تحصیل یا کارآموزی در دولت متعاهد دیگر بسر می برد، برای مخارج زندگی ، تحصیل یا کارآموزی خود دریافت می دارد، مشمول مالیات آن دولت دیگر نخواهد بود، مشروط برآنکه پرداختهای مزبور از منابع خارج از آن دولت دیگر حاصل شود .

## ماده ۲۱
## سایر درآمدها

۱- اقلام درآمد مقیم یک دولت متعاهد که در مواد قبلی این موافقتنامه مورد حکم قرار نگرفته است ، در هرکجا که حاصل شود ، صرفاً مشمول مالیات آن دولت خواهد بود .

۲- به استثنای درآمد حاصل از اموال غیر منقول به نحوی که در بند (۲) ماده (۶) تعریف شده است ، هرگاه دریافت کننده درآمد ، مقیم یک دولت متعاهد بوده و در دولت متعاهد دیگر از طریق مقر دایم واقع درآن به کسب و کار بپردازد یا از پایگاه ثابت واقع درآن خدمات شخصی مستقل انجام دهد وحق یا اموالی که درآمد در خصوص آن حاصل شده است با این مقر دایم یا پایگاه ثابت بنحو موثری مرتبط باشد ، مقررات بند (۱) مجری نخواهد بود . دراین صورت حسب مورد مقررات مواد (۷) و(۱۴) اعمال خواهد شد .

۳- درآمد حاصله توسط مقیم یک دولت متعاهد ازدولت متعاهددیگر بموجب دعوی حقوقی بابت هزینه زندگی (نفقه )، مشروط برآنکه درآمد مزبور طبق قوانین دولت متعاهد دیگر از پرداخت مالیات معاف باشد، مشمول مالیات دولت نخست نخواهد شد.

## ماده ۲۲
## سرمایه

۱- سرمایه متشکل از اموال غیرمنقول مذکور در ماده (۶) که متعلق به مقیم یک دولت متعاهد بوده و در دولت متعاهد دیگر واقع شده ، مشمول مالیات آن دولت دیگر می شود .

۲- سرمایه متشکل از اموال منقولی که بخشی از وسایل کسب و کار مقر دایمی که موسسه یک دولت متعاهد در دولت متعاهد دیگر دارد می باشد یا اموال منقولی که متعلق به پایگاه ثابتی است که در اختیار مقیم یک دولت متعاهد بمنظور انجام خدمات شخصی مستقل در دولت متعاهد دیگر می باشد، مشمول مالیات آن دولت دیگر می شود .

۳- سرمایه متشکل از کشتیها و وسایط نقلیه هوایی، مورد استفاده توسط مؤسسه یک دولت متعاهد در حمل و نقل بین المللی و همچنین اموال منقول مرتبط با استفاده از این کشتیها و وسایط نقلیه هوایی ، فقط مشمول مالیات آن دولت خواهد بود .

۴- کلیه موارد دیگر سرمایه مقیم یک دولت متعاهد فقط مشمول مالیات آن دولت خواهد بود .

## ماده ۲۳
## آئین حذف مالیات مضاعف

۱- در جمهوری اتریش مالیات مضاعف به روش زیر حذف خواهدشد:

الف) - درصورتی که مقیم جمهوری اتریش درآمدی حاصل کنـد یـا سرمایه ای داشته باشد که طبـق مقـررات ایـن موافقتنامـه مشـمول مالیات دولت جمهوری اسلامی ایران شود، جمهوری اتریش بارعـایت مقررات جزء های (ب و پ ) وبنـد (۳) درآمدیـا سـرمایه مزبـور را از مالیات معاف خواهد کرد.

ب)- درصورتی که مقیم جمهوری اتریش اقلامـی از درآمـد حـاصل کند که طبق مقررات مواد (۱۰،۱۱و۱۲) مشـمول مالیـات جمـهوری اسلامی ایران شود، جمهوری اتریش اجازه خواهد داد مبلغی برابـر بـا مالیات پرداختی در جمهوری اسلامی ایـران، از مالیـات بردرآمـد آن مقیم کسر شود. مع ذالک این‌گونه کسورات نبـاید از مـیزان مالیـاتی که پیش از کسر به ایـن اقـلام درآمـد حـاصل از جمـهوری اسـلامی ایران تعلق می‌گرفته، بیشتر باشد.

پ)- در مواردی که جمهوری اسلامی ایران طبق مفاداین موافقتنامـه درآمد یا سرمایه ای را ازمالیات معاف کند، یا مقررات بنـد (۲) مـواد (۱۰،۱۱یا ۱۲) را اعمال نماید، مقـررات بنـد الـف نسـبت بـه درآمـد حاصله یا سرمایه متعلقه مقیم جمهوری اتریش،مجری نخواهد بود .

۲- در جمهوری اسلامی ایران مالیات مضـاعف بـه روش زیـر حـذف خواهدشد:

درصورتی که مقیم جمهوری اسلامی ایران درآمدی حاصل کنـد یـا سرمایه ای داشته باشد که طبـق مقـررات ایـن موافقتنامـه مشـمول مالیات دولت جمهوری اتریش شود، جمـهوری اسـلامی ایـران اجـازه خواهد داد:

الف : مبلغی برابر با مالیات بـر درآمـد پرداختـی در جمـهوری اتریش ، از مالیات بردرآمد آن مقیم کسر شود .

ب : مبلغی برابر با مالیات بر سـرمایه پرداختـی در جمـهوری اتریش ، از مالیات برسرمایه آن مقیم کسر شود .

مع ذالک در هریک از دو مورد ، اینگونه کسورات نباید از میزان مالیاتی که پیش از کسر ، در جمهوری اترپش حسب مورد به درآمد یا سرمایه تعلق می گرفته ، بیشتر باشد .

۳- درصورتی که طبق هریک از مقررات این موافقتنامه درآمد حاصل یا سرمایه متعلق به مقیم یک دولت متعاهد از مالیات آن دولت معاف باشد، دولت مزبور میتواند علیرغم معافیت، در محاسبه مالیات برباقی مانده درآمد یا سرمایه این مقیم ، درآمد یا سرمایه معاف شده را منظور کند .

## ماده ۲۴

## عدم تبعیض

۱- اتباع یک دولت متعاهد در دولت متعاهد دیگر ، مشمول هیچگونه مالیات یا الزامات مربوط به آن که سنگینتر یا غیر از مالیات یا الزاماتی است که اتباع آن دولت دیگر، بویژه افرادمقیم، تحت همان شرایط مشمول آن هستند یا ممکن است مشمول آن شوند ، نخواهند بود . علیرغم مقررات ماده (۱)، این مقررات شامل اشخاصی که مقیم یک یا هر دو دولت متعاهد نیستند نیز خواهد بود .

۲- مالیاتی که از مقر دایم موسسه یک دولت متعاهد در دولت متعاهد دیگر اخذ می شود نباید از مالیات موسسات آن دولت متعاهد دیگر که همان فعالیت ها را انجام می دهند نامساعدتر باشد. این مقررات به گونه ای تعبیر نخواهدشد که یک دولت متعاهدراوادارسازد که هرنوع مزایای شخصی، بخشودگی وتخفیف مالیاتی را که به علت احوال شخصیه یا مسئولیتهای خانوادگی به اشخاص مقیم خود اعطاء می نماید به اشخاص مقیم دولت متعاهد دیگر نیز اعطاء کند .

۳- بجز درمواردی که مقررات بند (۱) ماده (۹)، بند (۷) ماده (۱۱) یا بند (۶) ماده (۱۲) اعمال می شود، هزینه های مالی ، حق الامتیاز و سایر هزینه های پرداختی توسط موسسه یک دولت متعاهد به

مقیم دولت متعاهد دیگـــر از لحاظ تعییـــن مـیزان درآمـد مشـمول مالیات آن موسسه، تحـــت همان شرایطی قابل کسر خواهد بـود کـه چنانچـــه به مقـــیم دولـت نخسـت پرداخـت شـده بـود . همچنیـن هرگونه دین موسسه یک دولت متعاهد به مقیم دولت متعاهد دیگر از لحاظ تعیین میزان سرمایه مشمول مالیات آن موسسه ، تحـت همان شرایطی قابل کسر خواهد بود که اگر دیـون مزبـور بـه مقیـم دولـت نخست تحمیل می شد.

۴- موسسات یک دولت متعاهد که سرمایه آنها کلاً یـا جزئـاً بـطور مستقیم یا غیر مستقیم در مالکیت یا در کنترل یک یـا چنـد مقیـم دولت متعاهد دیگر می باشـد، در دولـت نخسـت مشـمول هیچگونـه مالیات یا الزامات مربـوط بـه آن، کـه سـنگینتر یـا غـیر از مالیـات و الزاماتی است که سایر موسسات مشابه در آن دولت نخست مشـــمول آن هستند یا ممکن است مشمول آن شوند، نخواهند شد .

۵- علی رغم مقررات ماده ۲،مقررات این ماده نسبت به انواع مالیاتـها از هر نوع وماهیت نافذ خواهد بود.

## ماده ۲۵
## آئین توافق دوجانبه

۱- درصورتی که شخصی براین نظر باشد که اقدامات یـک یـا هـردو دولت متعاهد در مورد وی از لحاظ مالیاتی منتج بـه نتـایجی شـده یـا خواهد شدکه منطبق با مقررات این موافقتنامه نمی باشد، صـرف نظـر از طرق احقاق حق پیش بینی شده در قوانیـن ملـی دولتـهای مزبـور، میتواند اعتراض خود را به مقام صلاحیتدار دولت متعاهدی کـه مقیـم آن است، یا چنانچه مورد او مشمول بند (۱) ماده (۲۴) باشد بـه مقـام صلاحیتدار دولت متعاهدی که تبعه آن است، تسـلیم نمـاید. اعـتراض باید ظرف سه سال از تاریخ نخستین اطـلاع از اقدامـی کـه بـه اعمـال مالیات مغایر با مقررات این موافقتنامه منتهی شده تسلیم شود.

۲- اگر مقام صلاحیتدار اعتراض را موجه بیابد ولی خود نتوانـد بـه راه حل مناسبی برسد، برای اجتناب از اخذ مالیاتی کـه مطـابق ایـن موافقتنامه نمی باشد، خواهد کوشید که از طریـق توافـق متقـابل بـا مقام صلاحیتدار دولت متعاهد دیگر موضوع را فیصله دهد. هـرگونـه توافقی که حاصل شود، علی رغم هرگونه محدودیتهای زمانی موجـود در قوانین داخلی دولتهای متعاهد لازم الاجرا خواهدبود.

۳- مقامات صلاحیتدار دو دولت متعاهد تلاش خواهند کرد که کلیه مشکلات یا شبهات ناشی از تفسیر یـا اجـرای ایـن موافقتنامـه را بـا توافق دو جانبه فیصله دهند. ایشان همچنین مـی تواننـد بـه منظـور حذف مالیات مضاعف در مواردی که در این موافقتنامـه پیـش بینـی نشده است با یکدیگر مشورت کنند .

۴- مقامات صلاحیتدار دو دولت متعاهد می توانند بمنظـور حصـول توافق در موارد بندهای پیشین ، مستقیماً با یکدیگـر ارتبـاط حـاصل کننـــد . مقـامات صلاحیتدار با مشورت یکدیگر ، آیین ها ، شرایط، روش ها و فنون مقتضی را برای اجرای آیین توافق دوجانبـه منـدرج در این ماده فراهم می آورند .

## ماده ۲۶
## تبادل اطلاعات

۱- مقامات صلاحیتدار دو دولت متعـاهد اطلاعـات ضـروری بـرای اجرای مقررات این موافقتنامه را مبادله خواهند کرد . مفاد ماده (۱) مـوجب تحدید تبادل اطلاعات مزبور نمی شود. هرنـوع اطلاعـاتی که به.وسیله یک دولت متعاهد دریافت می شود ، به همان شـیوه ای که اطلاعات بدست آمده تحت قوانین داخلی آن دولـت نگـهداری می شود به صورت محرمانه تلقی خواهد شد، و فقـط برای اشـخاص یا مقامات ( از جمله دادگاهها ومراجع اداری ) که بـه امر تشـخیص، وصـول ، اجـرا یـا پیگـیری اشـتغال دارنـد یـا در مـورد پژوهش خواهیهای مربوط به مالیات هـای مشـمول ایـن موافقتنامـه

تصمیم گیری مـی کننـد، فـاش خواهـد شـد. اشـخاص یـا مقامـات یادشده، اطلاعات را فقط برای چنین مقـاصدی مـورد اسـتفاده قـرار خواهند داد. آنان میتوانندااین اطلاعات را در جریان دادرسـی هـای علنی دادگاهها یا طی تصمیمات قضایی فاش سازند .

۲- مقررات بند (۱) در هیچ مورد بنحوی تعبیر نخواهد شد که یک دولت متعاهد را وادار سازد :

الف : اقدامات اداری خلاف قوانین و رویه اداری خود یا دولت متعاهد دیگر اتخاذ نماید .

ب : اطلاعاتی را فراهم نماید که طبـق قوانیـن یـا روش اداری متعارف خود یا دولت متعاهد دیگر قابل تحصیل نیست .

پ : اطلاعاتی را فراهم نماید که منجر به افشای هر نوع اسـرار تجاری، شغلی، صنعتی، بازرگانی یـا حرفـه ای یـا فرآینـد تجاری شـود یـا افشـای آن خـلاف خـط مشـی عمومـی ( نظم عمومی ) باشد .

## ماده ۲۷
## اعضای هیاتهای نمایندگی و ماموریتهای سیاسی و مناصب کنسولی

مقررات این موافقتنامه برامتیازات مالی اعضای هیاتهای نمایندگـی و ماموریتهای سیاسی یا مناصب کنسولی که بموجب قواعـد عمومـی حقوق بین الملل یا مقررات موافقتنامه هـای خـاص از آن برخـوردار می باشند ، تاثیری نخواهد گذاشت .

## ماده ۲۸
## لازم الاجرا شدن

۱- این موافقتنامه تصویب و اسناد تصویب آن دراسرع وقت مبادلـه خواهد شد.

۲- این موافقتنامه شصت روز پس از تاریخ مبادله اسناد تصویب ، قوت قانونی خواهد یافت و مقررات آن در مورد مالیاتهای مربوط به هرسال مالی که متعاقب سال تقویمی ای که اسنادتصویب مبادله شده، آغاز گردد نافذ خواهد بود.

## ماده ۲۹
## فسخ

این موافقتنامه تا زمانی که توسط یک دولت متعاهد فسخ نشده لازم الاجرا خواهد بود . هریک از دولتهای متعاهد می تواند این موافقتنامه را از طریق مجاری سیاسی ، با ارایه یادداشت فسخ ، حداقل شش ماه قبل از پایان هرسال تقویمی بعد از دوره پنجساله از تاریخی که موافقتنامه لازم الاجرا میگردد ، فسخ نماید . در این صورت مقررات این موافقتنامه در مورد مالیاتهای مربوط به هرسال مالی که متعاقب سال تقویمی ای که یادداشت فسخ تسلیم شده است، آغاز گردد اعمال نخواهد شد .

امضاء کنندگان زیر که از طرف دولت متبوع خود مجاز می باشند ، این موافقتنامه را امضاء نمودند .

این موافقتنامه در ..... در دو نسخه در تاریخ ..... هجری شمسی برابر با ..... میلادی به زبانهای آلمانی ، فارسی وانگلیسی تنظیم گردید که هر سه متن از اعتبار یکسان برخوردار است . درصورت اختلاف، متن انگلیسی حاکم خواهد بود .

**ازطرف دولت**
**جمهوری اتریش**

**ازطرف دولت**
**جمهوری اسلامی ایران**

# پروتکل

در زمان امضاء موافقتنامه اجتناب از اخذمالیات مضاعف درمورد مالیاتهای بردرآمد و سرمایه، که در این تاریخ بین دولت جمهوری اتریش و دولت جمهوری اسلامی ایران منعقد گردیده، امضاء کنندگان زیر موافقت نمودند که مقررات مشروحه ذیل جزء لاینفک موافقتنامه می باشد.

۱- راجع به بند ۳ ماده ۱۷:
بدیهی است که بند ۳ درمورد اشخاص حقوقی که اقدام به برگزاری ارکستر یا تاترها می نمایند، وهمچنین اعضاء اینگونه مؤسسات فرهنگی نیز نافذ خواهد بود مشروط برآنکه اساسا مؤسساتی غیر انتفاعی بوده و این امر توسط مقام صلاحیتدار دولت محل اقامت ایشان تایید شده باشد.

۲- راجع به بند۳ ماده ۲۱:
در صورتی که معافیت به روش تصاعدی اعمال شود، درآمد مذکور در این بند منظور نخواهد شد.

امضاء کنندگان زیر که از طرف دولت متبوع خود مجاز می باشند ، این پروتکل را امضاء نمودند .

این پروتکل در .....وین..... در دو نسخه در تاریخ ۲۰...آبان..... هجری شمسی برابر با ۱۱...مارس ۲۰۰۲ میلادی به زبانهای آلمانی ، فارسی و انگلیسی تنظیم گردید که هر سه متن از اعتبار یکسان برخوردار است . درصورت اختلاف متن انگلیسی حاکم خواهد بود .

**ازطرف دولت**
**جمهوری اتریش**

**ازطرف دولت**
**جمهوری اسلامی ایران**

**IN THE NAME OF ALLAH**

# AGREEMENT
# BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE ISLAMIC REPUBLIC OF IRAN FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Islamic Republic of Iran, desiring to conclude an Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

## Article 1
## PERSONS COVERED

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

## Article 2
## TAXES COVERED

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Agreement shall apply are in particular:

a) in the Republic of Austria:
   (i) the income tax;
   (ii) the corporation tax;
   (iii) the land tax;
   (iv) the tax on agricultural and forestry enterprises;
   (v) the tax on the value of vacant plots;

b) in the Islamic Republic of Iran:
   (i) the income tax;
   (ii) the property tax.

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

## Article 3
## GENERAL DEFINITIONS

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

a) (i) the term “Republic of Austria” means the territory under the sovereignty and/or jurisdiction of the Republic of Austria;
   (ii) the term “Islamic Republic of Iran” means the territory under the sovereignty and/or jurisdiction of the Islamic Republic of Iran;

b) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;

c) the term “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;

d) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

e) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;

f) the term “competent authority” means:

(i) in the Republic of Austria: the Federal Minister of Finance or his authorized representative;

(ii) in the Islamic Republic of Iran: the Minister of Economic Affairs and Finance or his authorized representative;

g) the term “national” means:

(i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;

(ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Agreement by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws of that State concerning the taxes to which the Agreement applies.

## Article 4
## RESIDENT

(1) For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;

c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;

d) if he is a national of neither of the States, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

## Article 5
## PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

a) a place of management;

b) a branch;

c) an office;

d) a factory;

e) a workshop, and

f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of exploration, exploitation and/or extraction of natural resources.

(3) A building site, a construction, assembly or installation project, including supervisory activities connected therewith, constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

a) the use of facilities solely for the purpose of storage or display of goods or merchandise belonging to the enterprise;

b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage or display;

c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;

f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business. However, when the activities of such an agent are devoted wholly or almost wholly on behalf of that enterprise, he shall not be considered an agent of an independent status if the transactions between the agent and the enterprise were not made under arm's length conditions.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## Article 6

## INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources, including oil or gas wells and quarries. Ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

## Article 7

## BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated

therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

## Article 8
## SHIPPING AND AIR TRANSPORT

Profits derived by an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that Contracting State.

## Article 9
## ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

## Article 10
## DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;

b) 10 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

## Article 11
## INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, any such interest referred to in paragraph 1 shall be taxable only in the Contracting State of which the recipient is a resident, if such recipient is the beneficial owner of the interest and if such interest is paid:

a) to a Contracting State, other Governmental institutions, municipalities, Central Banks or other banks wholly owned by a Contracting State;

b) on a loan of whatever kind granted, insured or guaranteed by a public institution for purposes of promoting exports;

c) in connection with the sale on credit of any industrial, commercial or scientific equipment;

d) on any loan of whatever kind granted by a bank.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

## Article 12
## ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties.

(3) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films and recordings for radio and television, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the right or property giving rise to the royalties is effectively connected, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

## Article 13
## CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains derived by an enterprise of a Contracting State from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that Contracting State.

(4) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

## Article 14
## INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

## Article 15
## DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and

b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and

c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration paid by an enterprise of a Contracting State in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, may be taxed only in that Contracting State.

## Article 16
## DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

## Article 17
## ARTISTES AND SPORTSMEN

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by artistes or sportsmen if the visit to that State is wholly or mainly supported by public funds of the other State or political subdivisions or local authorities thereof or by an institution which is recognised as a non-profit institution. In such a case, the income is taxable only in the Contracting State in which the person is a resident.

## Article 18
## PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

## Article 19
## GOVERNMENT SERVICE

(1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

(i) is a national of that State; or

(ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision or authority shall be taxable only in that State.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Foreign Trade Commissioners of the Contracting States and to the members of their staff.

(4) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision or a local authority thereof.

## Article 20
## STUDENTS

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

## Article 21
## OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(3) Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

## Article 22
## CAPITAL

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated by an enterprise of a Contracting State in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft shall be taxable only in that Contracting State.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

## Article 23
## ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

(1) In the Republic of Austria double taxation shall be eliminated as follows:

a) Where a resident of the Republic of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in the Islamic Republic of Iran, the Republic of Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) to c) and paragraph 3, exempt such income or capital from tax.

b) Where a resident of the Republic of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12, may be taxed in the Islamic Republic of Iran, the Republic of Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in the Islamic Republic of Iran. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from the Islamic Republic of Iran.

c) The provisions of subparagraph a) shall not apply to income derived or capital owned by a resident of the Republic of Austria where the Islamic Republic of Iran applies the provisions of this Agreement to exempt such income or capital from tax or applies the provisions of paragraph 2 of Article 10, 11 or 12 to such income.

(2) In the Islamic Republic of Iran double taxation shall be eliminated as follows:
Where a resident of the Islamic Republic of Iran derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in the Republic of Austria, the Islamic Republic of Iran shall allow:

a) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in the Republic of Austria;

b) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to capital tax paid in the Republic of Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the tax as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in the Republic of Austria.

(3) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived or capital owned by a resident of a Contracting State is exempt from tax in that State, such State may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

## Article 24
## NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(5) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

## Article 25
## MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs. The competent authorities, through consultations, may develop appropriate procedures, conditions, methods and techniques for the implementation of the mutual agreement procedure provided for in this Article.

## Article 26
## EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes covered by this Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

## Article 27
## MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

## Article 28
## ENTRY INTO FORCE

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Agreement shall enter into force sixty days after the date on which the exchange of instruments of ratification will have taken place and its provisions shall have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning in the calendar year next following that in which the exchange of instruments of ratification will have taken place.

## Article 29
## TERMINATION

This Agreement shall remain in force until it is terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Agreement, through diplomatic channels, by giving notice of termination at least six months before the end of any calendar year following the period of five years from the date on which the Agreement enters into force. In such event, the Agreement shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning in the calendar year next following that in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorized thereto, by their respective Governments, have signed this Agreement.

DONE in duplicate in Vienna on the 11th day of March 2002, corresponding to the 20th day of Esfand 1380 solar Hijra, in the German, Persian and English languages, each text being equally authentic. In case of any divergence the English text shall prevail.

For the Government of the Republic of Austria:

**Mag. Karl-Heinz Grasser**

For the Government of the Islamic Republic of Iran:

**Ing. Eshaq Jahangiri**

## PROTOCOL

At the moment of signing the Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital, this day concluded between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Islamic Republic of Iran, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Agreement.

**1. With reference to paragraph 3 of Article 17:**

It is understood that paragraph 3 shall also apply to legal entities which carry on orchestras or theatres as well as to members of such cultural entities if such legal entities substantially are non-profit entities and if this is certified by the competent authority of the State of residence.

**2. With reference to paragraph 3 of Article 21:**

The income mentioned in this paragraph shall not be taken into consideration when applying the exemption with progression method.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorized thereto, by their respective Governments, have signed this Protocol.

DONE in duplicate in Vienna on the 11th day of March 2002, corresponding to the 20th day of Esfand 1380 solar Hijra, in the German, Persian and English languages, each text being equally authentic. In case of any divergence the English text shall prevail.

For the Government of the Republic of Austria:

**Mag. Karl-Heinz GRASSER**

For the Government of the Islamic Republic of Iran:

**Ing. Eshaq JAHANGIRI**